



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24631 - 33
Fernschreiber 0896390

SPD/XIII/48 ~ 27. Februar 1958

zur veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen</u>
1	Urteil über Brentano bleibt ... auch wenn er sich noch einmal halten kann	39
2 - 3	Politische Stimmungsbilder aus den USA. Von unseren amerikanischen Korrespondenten	71
4 - 5	Wenn Herr Minister Strauss "auf das Land" geht Eine Antwort des Bundestagesabgeordneten H.G. Ritzel	73
6 - 7	Frankreichs Nordafrika-Politik und der "Gemeinsame Markt" Wetterleuchten auch in Tunesien	62

* * * * *

Urteil über Brentano bleibt

sp- Der um den Bundesauszenminister entstandene Wirbel in der CDU wird allgemein mit personalpolitischen Veränderungen im Auswärtigen Amt begründet. Die von Brentano vorgesehenen Personal-Veränderungen mögen tatsächlich ein nicht unwesentlicher Anlass gewesen sein, um die Haushaltsexperten in der CDU/CSU-Fraktion in Harnisch zu bringen. Aber die Tatsache, dass jetzt ein parteiinterner Skandal entstand, dass von Brentano auch von Abgeordneten seiner Partei angegriffen wurde, die sich sonst nicht allzu eifrig um die Durchleuchtung der Haushaltspläne einzelner Ministerien bekümmern, hat einen anderen Hintergrund. Früher wurden nämlich Meinungsverschiedenheiten über Stellenbesetzungen in den Ministerien ohne grosses Aufheben und ohne Publizität "parteiintern geregelt"...

Der entscheidende Grund für den Unwillen zahlreicher CDU/CSU-Abgeordneter gegen ihren Auszenminister ist die masslose Enttäuschung über die bisherige Tätigkeit von Brentanos. Als er Auszenminister wurde, vermuteten Wohlwollende, von Brentano sei ein Mann eigener Ideen, beweglich und hartnäckig zugleich, glaubte man, er könne Adenauers Selbstherrlichkeit mindern und das ausgleichende Element zwischen der Partei und der starren Haltung des Kanzlers in auszenpolitischen Fragen sein.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass von Brentano keine der in ihm gesetzten Hoffnungen erfüllte. Er ist ideenlos und weich. Selten hat er Ansatzpunkte zur Entwicklung eigener Perspektiven in der deutschen Auszenpolitik gezeigt. Wenn er es einmal versuchte, wurde er sehr schnell in die ihm vom Bundeskanzleramt gesetzten Grenzen zurückgewiesen.

Den schwersten Vorwurf macht man ihm in seiner eigenen Partei wegen des völligen Versagens in der letzten auszenpolitischen Bundestagsdebatte am 23. Januar. Wäre er ein Mann von Format - so sagt man in der CDU/CSU-Fraktion - hätte von Brentano in dieser entscheidenden Stunde Gelegenheit gehabt, Freunden und Gegnern zu beweisen, dass etwas in ihm steckt; dieses "Etwas", das mindestens die Beherrschung der Materie gezeigt hätte. Daneben ist von Brentano nichts Besseres eingefallen, als sich in hohles Pathos zu retten.

Was jetzt in der parteiinternen Diskussion anlässlich der personalpolitischen Veränderungen im Auswärtigen Amt zum Ausdruck kommt, ist die Explosion des seit langer verhandenen Unwillens über einen Mann, in dem man sich getäuscht hat. Auch wenn es dem Auszenminister gelingen sollte, sich noch einmal zu halten, bleibt das Urteil in der eigenen Partei über ihn bestehen.

* * *

Politische Stimmungsbilder aus USA

Von unserem amerikanischen Korrespondenten

O.L. - New York, Ende Februar

In George Washingtons Geburtstag, dem 22. Februar, einem Nationalfeiertag, der in Amerika mit vielen Reden gefeiert wird, ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall. Der frühere Präsident Hoover, der eine vierjährige, nicht sehr glückliche Präsidentschaft während der grossen Depression (von 1929 bis 1933) glücklich überlebte und neben Truman der einzig lebende frühere USA.-Präsident ist, hielt in Valley Forge, wo George Washington einen der kritischen Winter des Unabhängigkeitskampfes verbrachte, eine Rede. Er hatte den sonderbaren Einfall, genau dieselbe Rede zu halten, die er vor 27 Jahren, im Jahre 1931, eben während der grossen Depression, hielt. Hoover fügte einige Worte hinzu, die eine Brücke zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten Amerikas herstellten, und äusserte ebenso wie 1931 die Hoffnung, dass diese Schwierigkeiten ebenso wie die Krise, die George Washington im Winter von Valley Forge meisterte, überwunden werden würden. Mr. Hoover, ein Patriarch Amerikas und insbesondere der Republikanischen Partei, meinte es gewiss gut, aber hätte seinem Nachfolger und Parteifreund Eisenhower wohl keinen peinlicheren Dienst erweisen können als mit der Parallel-Rede von 1931 und 1958...

Gewiss stimmt es nicht, dass die gegenwärtige Wirtschaftssituation, über deren Ausmass und vor allem über deren Dauer noch kein endgültiges Urteil gefällt ist, bisher an die Wirtschaftskatastrophe der dreissiger Jahre erinnert. Aber immer wenn der Name Hoover fällt, benächtigt sich der Amerikaner instinktive Besorgnis: Der Amerikaner von heute, nach beinahe zwanzig Jahren Vollbeschäftigung, ist trotz Arbeitslosenversicherung und anderen sozialen Schutzmassnahmen vielleicht noch weniger vorbereitet und abgehärtet als der sozial schutzlose Amerikaner von 1929, die Folgen einer wirklich ernsten Depression zu ertragen. Darum bedeutet schon die Erinnerung an die Depression für Millionen Amerikaner, die sich noch an die dreissiger Jahre erinnern, und für viele andere Millionen, die erst dann während der Roosevelt-Periode zu politischem Bewusstsein erwachten, einen Schock.

Die Wirtschaftsschrumpfung mag ebenso wie andere peinliche Entwicklungen der amerikanischen Politik nicht die persönliche Schuld des Prä-

Präsidenten sein, aber der amerikanische Präsident hat zu den vielen anderen schwierigen Aufgaben auch die, der Sündenbock zu sein: Er ist für alles, was geschieht, verantwortlich, wenigstens in der Meinung des Durchschnittsamerikaners, und wenn die Dinge schief gehen, wird der Präsident unpopulär.

Die Demokraten in- und ausserhalb des Kongresses nützen diese Situation selbstverständlich aus. Zum Teil sind ihre Bemerkungen um Massnahmen gegen die Wirtschaftsechrumpfung von ernster Besorgnis um die wirtschaftliche Zukunft diktiert - ebenso wie sich viele Republikaner, trotz dem offiziellen Wirtschafts-Optimismus des Präsidenten, ernste Sorgen wegen der wirtschaftlichen Gefahren, vor allem wegen der "Anstreckung" der noch gesunden Teile der Wirtschaft machen. Aber in einer Demokratie wie der amerikanischen mit einem so scharf ausgeprägten Parteiensystem ist es für die Partei "ausserhalb des Weissen Hauses" - auch wenn sie wie gegenwärtig die Demokraten in beiden Kammern des Kongresses die Mehrheit hat - nur selbstverständlich, dass sich die Auseinandersetzungen über die beste Wirtschaftsmethode in einem kritischen Augenblick in der Form des Parteienkampfes vollziehen. Dazu kommt, dass, je näher die Kongresswahlen heranzücken, die politischen Erwägungen in den Kongressberatungen immer stärker in den Vordergrund treten müssen.

Wenn, wie man allgemein erwartet, die Demokraten im November ihre Mehrheiten im Kongress nicht nur behalten, sondern verstärken werden, wird in den zwei Jahren, die dann folgen und der Auftakt für die Präsidentenwahlen sein werden, dieselbe Unentschlossenheit, dasselbe Gleichgewichtsverhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Kongress bestehen, wie in den beiden letzten Jahren Hoovers: Auf der einen Seite ein Präsident, der nicht mehr das Vertrauen hat, der sich abgibt, auf der anderen Seite die Oppositionspartei - denn trotz der Mehrheit bleiben die Demokraten solange die Opposition als sie nicht den Präsidenten stellen - die ihren Blick auf die grosse Entscheidung lenken muss. Und dazu kommt ein beträchtlicher Unterschied: Hoover war, wie sein langes Leben nach der unglücklichen Präsidentschaft zeigt, ein kerngesunder Mann, Ende der Fünfzig. Eisenhower wird an die Siebzig sein, wenn sich seine Präsidentschaft ihrem Ende nähert und der Wahlkampf heranrückt.

Das ist kein gutes Vorzeichen für Amerika und für die Welt. Die Starre des Regierungssystems, bei dem für vier Jahre eine in Grunde genommen unänderliche Entscheidung gefällt wird, ist auf der Zuversicht in die geistige, psychische und politische Kraft eines Mannes aufgebaut. Das mag im allgemeinen ein wirksames und stabiles System sein - aber wenn sich Wähler irren!

Wenn Herr Minister Strauss "auf das Land" geht

Auf Anfrage hat Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss dem CDU-Kreisverband des Kreises Erbach / Odw. erklärt, dass die "Wichterrichtung der NIKE-Stellungen im Odenwald nicht meiner mehrfachen Intervention zu verdanken sei. Es sei zwar richtig, dass er mir mit Schreiben vom 12.11.1957 mitgeteilt habe, dass ursprünglich im Raume Vielbrunn (Odenwald) eine NIKE-Stellung geplant war, dass aber bei Durchsicht der ihm vorliegenden Akten festgestellt worden sei, dass die Verlegung der ursprünglich bei Vielbrunn geplanten Stellung auf bayerisches Gebiet bereits erörtert wurde, "bevor Abgeordneter Ritsel erstmalig am 21.1.1957 Einwendungen erhob".

Der Bundesverteidigungsminister irrt. Am 21.1.1957 habe ich aufgrund zuverlässiger Informationen gegen die amerikanische Absicht interveniert, eine Abschussbasis für Raketen im Odenwald zu errichten. Am 23.1.1957 fanden Verhandlungen zwischen dem sozialdemokratischen Landrat des Kreises Erbach / Odw., Ackermann und amerikanischen Beauftragten statt. Sie verliefen ohne Ergebnis. Am 26.1.1957 teilte der Hessische Minister der Finanzen mit, dass am 1.2.1957 eine Besprechung mit Vertretern der US-Armee stattfinden solle, zu der ich eingeladen wurde. Am 31.1.1957 erhielt ich aus dem Verteidigungsministerium die Nachricht, dass noch keine Entscheidung auf meine Intervention erfolgen könne, weil erst das Ergebnis der Verhandlungen der Amerikaner mit der Hessischen Regierung abgewartet werden müsse. Am 1.2.1957 teilte der Bundesminister für Verteidigung, Strauss, in einem an mich gerichteten Brief mit, dass eine grössere Anzahl von Batterie-Stellungen für NIKE-Raketen im Gebiet Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg geplant seien. Von Bayern war keine Rede. Wegen der erhobenen Einwände werde zur Zeit versucht, festzustellen, ob ein anderer geeigneter Platz in Vorschlag gebracht werden könne.

In der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28.2.1957 habe ich den Bundesverteidigungsminister gefragt:

"Ist der Herr Bundesverteidigungsminister bereit, die von den NATO-Streitkräften geplanten Abschussbasen im Odenwald zu verhindern und damit den berechtigten Beschwerden und Sorgen der Bevölkerung des hessischen Odenwaldes Rechnung zu tragen?"

Anstelle des Bundesverteidigungsministers antwortete Staatssekretär Dr. Rust:

"Bei den vorgesehenen NIKE-Stellungen handelt es sich um ein in sich geschlossenes Abwehrsystem. In dem Projekt sind die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz beteiligt. Für Hessen sind zwei NIKE-Batterien geplant".

Es ist also nicht richtig, wenn Minister Strauss gegenüber der Kreispartei der CDU im Kreise Erbach / Odw. den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Verlegung der ursprünglich bei Vielbrunn geplanten NIKE-Stellung auf bayerisches Gebiet bereits erörtert wurde, bevor ich wegen der Auswahl des Geländes im Odenwald und speziell im Kreise Erbach Einwendungen erhob. Der guten Ordnung wegen darf in diesem Zusammenhang sogar noch erwähnt werden, dass ich, nachdem Minister Strauss mir zugesichert hatte, dass der Odenwald von NIKE-Stellungen verschont bleiben würde, darum bat, nun nicht den Versuch zu machen, solche Abschussbasen etwa bei Miltenberg oder Amorbach im bayerischen Unterfranken zu errichten. Das geschah dann doch und die protestierende Bevölkerung dieses Raumes wurde von ihrer bayerischen Landesregierung im Stich gelassen.

Herr Bundesminister Strauss hat auch gemeint, es würde der Versuch gemacht, aus naheliegenden Gründen den Unterschied zwischen der NIKE und Atomwaffen zu verwischen. Auch hier irrt der Herr Minister. Es gibt NIKE-Raketen mit und ohne Atomsprenghkopf. Es gibt Raketen, die von Abschussbasen, die für NIKE-Raketen errichtet wurden, mit Atomköpfen abgefeuert werden können. Es gibt deutsche Generäle und Minister, die Atomwaffen für die Bundeswehr wünschen und es gibt englische und amerikanische Generäle, die dies nicht wünschen. Der bundesdeutsche Verteidigungsminister würde gut daran tun, vor aller Öffentlichkeit klar zu bekennen, was die Bundesregierung wirklich will und was sie in Wahrheit zu tun beabsichtigt.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch überaus nützlich, einige zuverlässige Mitteilungen über die Kosten der geplanten Raketenbasen zu erfahren. Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Altmeier, hat im Landtag in Mainz erklärt, für eine Abschussbasis einer NIKE-Raketenstation seien 15 ha Land erforderlich. Für die seinerzeit im Odenwald geplante Abschussbasis wären nach meinen Informationen für drei Radargeräte, einen Kontrollpunkt und eine Abschussbasis zusammen 46 ha Land beansprucht worden. Über die Baukosten hat man deutscherseits noch keine amtlichen Zahlen erfahren können. Aus England wird berichtet, dass eine Abschussbasis für Mittelstreckenraketen ca. 35 Mio. DM kostet. Im Bundeshaushalt ist bis jetzt keine Mark für diesen Zweck vorgesehen!

+ + +

Frankreichs Nordafrika-Politik und der "Gemeinsame Markt"

H-t. Während man sich in den westeuropäischen Hauptstädten anschickt, den "Gemeinsamen Markt" zu organisieren und Frankreich bemüht bleibt, das westdeutsche Industriepotential für die wirtschaftliche Entwicklung Nordafrikas einzusetzen, beginnt jetzt auch in Tunesien ein politisches Wetterleuchten, dessen Bedeutung gerade in der Bundesrepublik nicht unterschätzt werden darf. Tunesiens Staatsoberhaupt Bourguiba hat vor kurzem der offiziellen französischen Presseagentur "France Presse" ein Interview gegeben, das die sehr ernste Warnung an den Westen enthält, Tunesien könnte eines Tages gezwungen sein, mit dem Westen zu brechen und sich nach Hilfe im Osten umzusehen. "Vielleicht", sagte Bourguiba u.a., "wird Tunesien eines Tages am Westen verzweifeln. Ich glaube, wir sind an einem Wendepunkt angelangt, an dem jeder seine Verantwortung auf sich nehmen muss."

Diese Warnung ist umso ernster, als sie von einem Mann kommt, der dem arabischen Absolutismus der Könige und Scheiks des Nahen Ostens ebenso fern steht wie dem ägyptischen Nationalismus. Wenn in den schweren Kämpfen Tunesiens um seine Freiheit in den Jahren 1932 bis 1956 die furchtbare Brutalität des algerischen Freiheitskampfes vermieden wurde, so war das nicht ein Verdienst der französischen Kolonialmilitärs, sondern die Folge davon, dass Bourguiba und die mit ihm eng zusammenarbeitende einzige Massenbewegung des Landes, die jungen tunesischen Gewerkschaften, auf demokratischem Boden verblieben. Gewalttaten wurden von den französischen Truppen - nicht zuletzt der Fremdenlegion - während des immer wieder verhängten Belagerungszustandes genügend verübt. Die Mörder des Gewerkschaftsführers Farhat Hacheds, französische Nationalisten, wurden von der französischen Polizei "nicht ermittelt". Konzentrationslager für Gewerkschaftsfunktionäre, Unterbindung der Koalitionsfreiheit, willkürliche Hausdurchsuchungen bis zu Vergewaltigungen waren an der Tagesordnung. Trotzdem blieben die Gewerkschaften, die sich schon 1946 von der französischen kommunistischen Gewerkschaftsbund CGI getrennt hatten, der demokratischen Idee treu. Sie schlossen sich dem IRFC an, der

seinerseits versuchte, die Vereinten Nationen und das Internationale Arbeitsamt zum Schutz der gewerkschaftlichen und politischen Freiheit in Tunesien zu mobilisieren.

Die Zusammenarbeit zwischen der nationalen Neo-Destourbewegung Bourguibas und dem tunesischen Gewerkschaftsbund entwickelte sich auf der Grundlage eines demokratischen Staates Tunesiens und auf einer Zusammenarbeit mit der westlichen Welt. Die Beseitigung der von der französischen Kolonialpolitik aufrechterhaltenen Scheinmonarchie des Bey zugunsten der republikanischen Staatsform entsprach diesem Bekenntnis zum Westen. Wenn jetzt Bourguiba die Befürchtung ausspricht, dass Tunesien das Vertrauen in den Westen verliert, so steht dahinter eine noch tiefere Enttäuschung der Volksmasse. Schon im Jahre 1956 machte sich eine Spaltungsbewegung im tunesischen Gewerkschaftsbund bemerkbar, die Anschluss und Mitarbeit an den von Kairo ausgehenden Bestrebungen einer besonderen panarabischen Gewerkschaftsinternationale anstrebte. Das Auftreten Frankreichs im algerischen Konflikt und die ständigen Übergriffe der in Tunesien noch stationierten französischen Truppen haben dazu geführt, dass die Einflüsterungen aus den arabischen Nachbarstaaten, man könne von Russland bessere Hilfe erwarten, hier und da offene Ohren finden.

Noch steht die grosse Mehrheit Tunesiens hinter Bourguiba und die ihn stützenden und seine Westpolitik bejahenden demokratischen Gewerkschaftsführer. Aber es ist die Frage, wie lange das noch der Fall sein wird, wenn Paris seine Gewaltpolitik in Alger fortsetzt und darauf besteht, dass Tunesien ihm als Aufmarschgebiet für seine militärischen Aktionen gegen Alger zur Verfügung steht. Und diese Frage geht heute nicht nur Paris, sondern ebenso sehr seine Vertragspartner des Gemeinsamen Marktes an. Ein Tunesien, das sich vom Westen abwendet - oder erneut von Paris militärisch "befriedet" wird - wäre ein Verlust für ganz Westeuropa.

* * *